

Die Lage der Nation im geteilten Deutschland

Regierungserklärung von Bundeskanzler
Helmut Kohl vor dem Plenum
des Deutschen Bundestages am 23. Juni 1983

Mit diesem Bericht zur Lage der Nation kehrt die Bundesregierung zum ursprünglichen Auftrag des Deutschen Bundestages zurück, alljährlich einen Bericht zur Lage der Nation im gespaltenen, im geteilten Deutschland vorzulegen.

In den 70er Jahren hatte der Bericht nur noch den Titel „Bericht zur Lage der Nation“ getragen; der Hinweis auf das geteilte Deutschland war unterblieben. Der Schwerpunkt der Berichterstattung und damit auch der Diskussion hatte sich zunehmend auf die politische Lage der Bundesrepublik Deutschland verlagert.

Heute wenden wir uns wieder dem eigentlichen Zweck der Berichterstattung zu: Es geht um Deutschland, es geht um Selbstbestimmung, um Menschenrechte, und es geht um die Einheit unserer geteilten Nation.

Wir finden uns nicht damit ab, daß deutschen Landsleuten das Recht auf Selbstbestimmung vorenthalten und daß ihre Menschenrechte verletzt werden.

Wir Deutsche finden uns mit der Teilung unseres Vaterlandes nicht ab. Wir werden den Auftrag des Grundgesetzes zielstrebig und beharrlich weiterverfolgen, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden“. Wir resignieren nicht, denn wir wissen die Geschichte auf unserer Seite. Der gegenwärtige Zustand ist nicht unabänderlich.

Aus geschichtlicher Erfahrung sind wir uns bewußt, daß die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit nur im Rahmen einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu verwirklichen ist.

Die Teilung Deutschlands ist immer zugleich die Teilung Europas. Deutschlandpolitik muß sich deshalb immer auch als Beitrag zum europäischen Einigungswerk und damit als europäische Friedenspolitik verstehen.

Die ersten, die nach dieser Einsicht gehandelt haben, waren die Vertriebenen und Flüchtlinge, die als Folge des Zweiten Weltkrieges ihre Heimat verloren hatten. Sie haben damals mit großem Lebensmut die Bundesrepublik Deutschland als ihre neue Heimat angenommen und mit aufgebaut.

Für die Überwindung der deutschen Teilung brauchen wir den Rückhalt im Atlantischen Bündnis und in der Europäischen Gemeinschaft. Das Bündnis und das geeinte Europa, wir brauchen sie mehr als andere.

Es gibt zwei Staaten in Deutschland, aber es gibt nur eine deutsche Nation. Ihre Existenz steht nicht in der Verfügung von Regierungen und Mehrheitsentscheidungen. Sie ist geschichtlich gewachsen, ein Teil der christlichen, der europäischen Kultur, geprägt durch ihre Lage in der Mitte des Kontinents.

Die deutsche Nation war vor dem Nationalstaat da, und sie hat ihn auch überdauert; das ist für unsere Zukunft wichtig.

Die Bundesrepublik Deutschland gehört zum Westen. In der Auffassung der westlichen Welt von der Würde und Freiheit des Menschen hat unsere Verfassung ihr Fundament. In allen Parlamentswahlen seit 1949 haben unsere Bürger die Grundentscheidung für das freie Europa und für das Werk der europäischen Einigung bestätigt.

Wir haben eine Idee von der deutschen Nation, die unvereinbar ist mit dem Bild von Deutschland, das sich die amtliche DDR heute noch macht. Wir wollen die Nation freier Bürger, die Nation, die Klassegegensätze überwindet, widerstrebende Interessen versöhnt und Gemeinschaft stiftet im Bekenntnis zum geschichtlichen Erbe und zu den Werten und Tugenden, die allen Deutschen eigen und verpflichtend sind.

In dem freiheitlichen Menschenbild des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland erkennen sich die Deutschen — ich meine, alle Deutschen — wieder.

1983 jähren sich wichtige Gedenktage, wichtig, weil unübersehbar in ihrer fortwirkenden Bedeutung für unsere Gegenwart. Übermorgen, am 25. Juni, erinnern wir uns in Krefeld an die Auswanderung der ersten deutschen Familien nach Amerika vor 300 Jahren. In diesen 300 Jahren wuchs ein großes Band, eine gewaltige Verbindung von Menschen im Auf und Ab der Geschichte.

Vor sechs Tagen hat der Herr Bundespräsident hier von dieser Stelle aus den 30. Jahrestag des 17. Juni 1953 gewürdigt. Er hat aus diesem Anlaß betont, daß das deutsche Volk an seinem Willen zur Einheit in Freiheit auch nach 30 Jahren geduldig festhält. Denn, so sagte der Bundespräsident:

Die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland und die Deutschen in der DDR sehen nicht die Bundesrepublik und nicht die DDR, sondern Deutschland als ihr Vaterland an.

Der 17. Juni wirkt politisch weiter. Die Bundesrepublik Deutschland hat dieses Datum zum Tag der deutschen Einheit, zum nationalen Gedenktag des deutschen Volkes gemacht. Ich möchte feststellen: Dabei bleibt es!

Wenn wir in der Bundesrepublik Deutschland das Andenken an den Aufstand von 1953 bewahren, dann tun wir das für alle Deutschen — auch für unsere Landsleute in der DDR. „Wir wollen freie Menschen sein“, riefen bereits am Vormittag des 16. Juni die Bauarbeiter der Stalinallee. Wir wollen freie Menschen sein — bündiger und präzi-

ser kann der Wille der Nation nach der gemeinsamen Erfahrung mit der totalitären NS-Diktatur nicht ausgedrückt werden.

Wir alle wissen, daß Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung höchste Werte sind; sie sind auf Dauer nicht teilbar. Darin liegt für uns, für unser Volk — im Sinne der Präambel unseres Grundgesetzes — große Hoffnung.

In diesem Jahr erinnert sich unsere Nation aber auch des Aufstiegs der deutschen Diktatur durch Hitlers Machtergreifung vor 50 Jahren. Auch das gehört zur gemeinsamen Geschichte der Deutschen. Aber der totalitäre Staat, die Diktatur, ist nicht das Ziel der deutschen Geschichte gewesen und nicht ihr letztes Wort geblieben. Er ist Vergangenheit, widerlegt durch seine Taten und überwunden durch die Entscheidung der Deutschen für die Freiheit und die Würde des Menschen.

Wirkungsmächtiger vor der Geschichte sind der Glaube und die Ideen, die Martin Luther den Deutschen und der Welt hinterlassen hat. Die Erinnerung an Martin Luther und die Frage, was er für Zeit und Zukunft bedeutet, führen die Deutschen in diesem Jahr zusammen.

Martin Luther ist eine Gestalt der deutschen Geschichte und der Geistesgeschichte der Welt. Vor 500 Jahren in Eisleben geboren, stand er an der Schwelle vom Mittelalter zur Neuzeit. Er war kein Mensch der Renaissance, und ihm ging es nicht um Revolution. Er wollte die Kirche erneuern. Seine Bibelübersetzung und seine zahlreichen Schriften haben die deutsche Sprache, haben unsere Sprache lebendig und kraftvoll geformt.

Martin Luther steht an den Anfängen der deutschen Kultur der Neuzeit. Wir Deutschen sind so, wie wir sind ohne die Gestalt des Reformators nicht zu denken. Zu Martin Luthers Gedenken gibt es in beiden Teilen Deutschlands eine Vielzahl wichtiger Veranstaltungen. Bei uns in der Bundesrepublik werden sie vor allem von der Kirche gestaltet. In der DDR dagegen zeigt das Luther-Jubiläum besonders deutlich das Bemühen um eine parteiische, vom Staat diktierte Aneignung der Geschichte.

Die staatliche Sicht auf Luther in der DDR will den Reformator als Vorläufer der sozialistischen Gesellschaft vereinnahmen. Das Luther-Komitee der Evangelischen Kirche in der DDR sagt aber ganz einfach: Luther ist ohne die Kirche nicht zu denken.

Die großen Gedenktage dieses Jahres — dazu gehört auch der hundertste Todestag von Karl Marx — zeigen die Einheit der Nation in ihrer ganzen, in ihrer vieldeutigen Geschichte.

Die SED hat seit ihrer Entstehung stets auf das sozialistische Deutschland gepocht. Das ist ihr Ziel bis heute geblieben. Geändert haben sich in den letzten Jahren historische Begründungen. Früher hat sich die DDR nur mit parteiisch ausgewählten Epochen und Gestalten unserer Geschichte identifiziert; alles andere hat sie abgewiesen und verdammt, Preußen nicht anders als Friedrich den Großen, den Aufstieg des Bürgertums nicht anders als Martin Luther.

Wer sich — wie die DDR — der deutschen Geschichte bemächtigen will, um daraus nationale Ansprüche abzuleiten, der muß sich der ganzen deutschen Geschichte stellen. Wir müssen, um die Zukunft zu meistern, mit unserer Geschichte leben, wie sie nun einmal war, und wir müssen versuchen, daraus zu lernen.

Ich finde es ist gut, daß in den beiden Staaten in Deutschland der Blick wieder mehr auf die gemeinsame Geschichte gerichtet wird; denn in ihrer Geschichte, in ihrer Sprache und in ihren Werten ist die Einheit der Nation unverlierbar.

Ein Regime, das sich mit Mauer und Stacheldraht umgibt, mag die Geschichte umschreiben wollen. Bestehen wird es vor der Geschichte nicht. Solche Regime — das schreibt die Geschichte — werden vom Freiheitswillen der Menschen und Völker überlebt.

Dieses Wissen begründet auch unsere Zuversicht und begründet den Lebensmut der Menschen im freien Teil Berlins. Die Lage unserer Nation spiegelt sich im Schicksal der Stadt Berlin. Seit Kriegsende geteilt, gehört die Stadt zwei verschiedenen politischen Welten an, die sich hier auf engstem Raum gegeneinander darstellen und abgrenzen. Die Mauer in Berlin ist zum weltweit bekannten Symbol der gewaltsamen Teilung Deutschlands geworden.

1987 wird Berlin 750 Jahre alt. Dieses Jubiläum wird an die in einer langen Stadtgeschichte gewachsenen Bindungen mitten in Deutschland erinnern. Ich hoffe, daß unser gemeinsames Ziel, zu diesem Zeitpunkt das deutsche historische Museum in Berlin zu eröffnen, erreichbar sein wird.

Berlin bleibt Gradmesser für die Ost-West-Beziehungen, Berlin bleibt das Symbol für die offene deutsche Frage. Deshalb wollen wir die Lebensfähigkeit der Stadt sichern, ihre Attraktivität wirtschaftlich, kulturell und politisch fördern. Die Festigung und Weiterentwicklung der Bindungen Berlins an den Bund bleibt eine Aufgabe von nationalem Rang.

Unser besonderes Anliegen ist die Aufrechterhaltung einer stabilen Lage in und um Berlin. Dazu gehört vor allem der ungehinderte Verkehr auf den Zugangswegen. Die strikte Einhaltung und volle Anwendung des Viermächteabkommens über Berlin ist von entscheidender Bedeutung für die Qualität der Ost-West-Beziehungen.

Wir stellen dankbar fest, daß das Schlußkommuniqué der NATO-Ministerratstagung, die am 9. und 10. Juni, also vor wenigen Tagen, in Paris stattfand, erneut zeigt, daß diese Haltung von unseren Verbündeten ohne jeden Vorbehalt geteilt wird.

Die wirtschaftliche Lage Berlins, die seit Jahren Anlaß zu Besorgnis gibt, zeigt erstmals wieder leicht positive Ansätze. Die Bundesregierung und der Berliner Senat — ich sage ganz bewußt: ich folge hier auch jenen Anregungen, die mein Amtsvorgänger gegeben hat — haben in vertrauensvollem Zusammenwirken verbesserte Rahmenbedingungen geschaffen.

Ich gehe deshalb davon aus, daß die deutsche, aber auch die ausländische Wirtschaft Berlin als attraktiven Industriestandort wieder stärker in ihre Unternehmensplanungen einbezieht. Die Berliner Wirtschaftskonferenz Ende 1982, die erste in meiner Amtszeit, hat diese Erwartungen bereits bestätigt, und ich freue mich darüber, daß die von der deutschen Industrie angekündigten Investitionsvorhaben schneller umgesetzt werden konnten, als seinerzeit zu erwarten war.

Aber es gibt auch Bereiche, die uns weiterhin Sorgen bereiten, so der überproportionale Abbau von Arbeitsplätzen insbesondere in der gewerblichen Wirtschaft Berlins, die

hohe Arbeitslosenquote, die mit 11,6% im Mai deutlich über dem Bundesdurchschnitt lag, und die rückläufige Zuwanderung westdeutscher Arbeitnehmer in die Stadt.

Die Bundesregierung und der Berliner Senat haben eine Reihe von Maßnahmen getroffen, um die Lebensfähigkeit der Stadt durch neue, zukunftsorientierte Arbeitsplätze zu sichern. Hier möchte ich nur die zum 1. Januar 1983 in Kraft getretene Novellierung des Berlinförderungsgesetzes und das vom Berliner Senat beschlossene Struktur- und Ausbildungsprogramm nennen. Damit sind Weichen für Erneuerung und Modernisierung der Berliner Wirtschaft gestellt.

Ein wichtiges Ereignis für Berlin war die Unterzeichnung der kommerziellen Verträge über die Lieferung von Erdgas aus der Sowjetunion. Sie schaffen weitere Grundlagen für die langfristige und kostengünstige Energieversorgung der Berliner Wirtschaft. Diese Vereinbarungen tragen dazu bei, im Rahmen der innerdeutschen Beziehungen die Situation von Berlin zu erleichtern und zu verbessern.

In diesen Zusammenhang gehört auch die Einbeziehung der S-Bahn in das Berliner Nahverkehrssystem. Das Bundeskabinett hat — in Übereinstimmung mit dem Berliner Senat — am 1. Juni dem dazu erarbeiteten Konzept zugestimmt.

Die Bundesregierung wird sich auch in Zukunft im Rahmen der Berlin-Hilfe an der Finanzierung des Berliner Haushalts beteiligen. Diese Hilfe ist für uns ein selbstverständlicher Akt unserer Solidarität mit den Menschen einer Stadt, die in ihrer geographischen Lage von den Auswirkungen der Teilung Deutschlands in besonderem Maße betroffen ist.

Zehn Jahre nach Inkrafttreten des Grundlagenvertrages mit der DDR sind die beiden Staaten in Deutschland von dem dort formulierten Ziel normaler gutnachbarlicher Beziehungen nach wie vor weit entfernt.

Normalität kann nicht entstehen, solange es an der Grenze mitten durch Deutschland Mauer, Stacheldraht, Schießbefehl und Schikanen gibt.

Gutnachbarliche Beziehungen kann es nicht geben, solange Landsleute aus der DDR immer wieder Leben und persönliche Freiheit aufs Spiel setzen, weil ihnen elementare Menschenrechte vorenthalten werden. Dazu können und dazu werden wir nicht schweigen; denn Friede kann nicht gedeihen, wo Menschenrechte mißachtet werden.

Auch die Schlußakte der KSZE von Helsinki und die Menschenrechtsdokumente in allen anderen Bereichen stellen diesen Zusammenhang immer wieder eindeutig her.

Das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen ist trotz nunmehr 38 Jahre während der Teilung unseres Vaterlandes unverändert lebendig. Dies zeigen die vielfältigen Verbindungen, die nichtstaatliche Organisationen auf ihren Ebenen in der DDR aufgebaut haben und unterhalten. Ich möchte hier ganz besonders die grenzüberschreitende Partnerschaft der Kirchen innerhalb Deutschlands dankbar würdigen. Bis hin zu den Gemeindemitgliedern werden hier nicht nur Kontakte gepflegt, sondern wird zusammengearbeitet und tatkräftige Hilfe geleistet.

Aus all dem ergibt sich: Praktische Deutschlandpolitik kann nur als Politik des Dialogs, des Ausgleichs und der Zusammenarbeit erfolgreich sein.

Den Zustand, wie er heute ist, wollen wir nicht bloß verwalten. Mit konkreten Schritten wollen wir die Teilung erträglicher machen und vor allem weniger gefährlich. Wir wollen dies tun in mitmenschlicher Verantwortung für die Deutschen in der DDR, die unsere Nächsten, also mehr als unsere Nachbarn sind.

Über ein geregeltetes Nebeneinander hinaus erstreben wir einen Zustand des Zusammenlebens in Deutschland, in dem das gewachsene Geflecht der Beziehungen sich verdichtet und weiter verfestigt, einen Zustand, in dem beide Seiten durch ausgewogenes Geben und Nehmen ihrer Verantwortung für die Menschen gerecht werden, einen Zustand, der für beide Seiten Verpflichtungen enthält, auf die sie sich verlassen können.

Wer sich zum Erbe der gemeinsamen deutschen Geschichte bekennt, kann sich dem nicht verschließen. Auch das gehört zur historischen Kontinuität.

In den Regierungserklärungen vom Oktober 1982 und Mai 1983 habe ich die Grundsätze bezeichnet, die für unsere Deutschlandpolitik bestimmend sind. Die Bundesregierung wird die Verträge mit der DDR als Instrument aktiver Friedenspolitik im Interesse der Menschen im geteilten Deutschland nutzen.

Deutschlandpolitik muß ausgehen von den realen Machtverhältnissen in unserer Zeit. Aber zu der Macht der Tatsachen zählen nicht nur die Politik der Regierungen und die Stärke der Waffen, sondern auch der Wille der deutschen Nation zur Einheit. Nicht nur die Rechtslage, sondern auch die geschichtliche Kraft dieses Willens unseres Volkes hält die deutsche Frage offen.

Wer anders spricht, kann weder für unsere Freunde im Westen noch für unsere Nachbarn im Osten glaubwürdig sein.

Generalsekretär Honecker hat sich auf der Leipziger Frühjahrsmesse 1983 dafür ausgesprochen, diejenigen Fragen in Angriff zu nehmen, die jetzt lösbar sind, und andere zurückzustellen. Ich halte es in der Tat für richtig, daß wir uns auf diejenigen Fragen konzentrieren, die ohne Preisgabe unserer elementaren Grundsätze mit Kompromissen lösbar sind.

Zusammenarbeit liegt — wo immer sie möglich ist — im wohlverstandenen Interesse beider Staaten in Deutschland. Die politische Führung der DDR muß wissen: Die Bundesregierung hält sich strikt an das Grundgesetz und an Geist und Buchstaben des Grundlagenvertrages und der übrigen rechtsverbindlichen Vereinbarungen. Aber Vertragstreue erwarten wir selbstverständlich auch von der DDR.

Seit dem letzten Bericht zur Lage der Nation gab es keinen Stillstand — trotz fortbestehender Belastungen und trotz neuer Beeinträchtigungen des Klimas. Wir setzen uns auch in Zukunft intensiv für die Familienzusammenführung ein.

Die DDR hat in jüngster Zeit wiederholt Mitbürger ausgebürgert und zwangsweise in die Bundesrepublik Deutschland abgeschoben, die sich in der Friedensbewegung in der DDR engagiert haben. Wir werden diesen Vorgang immer wieder klar und deutlich auch gegenüber der DDR ansprechen.

Auch im vergangenen Jahr sind wieder weniger Menschen aus der Bundesrepublik Deutschland in die DDR gereist: 1982 nur noch 5 Millionen gegenüber früher 8 Millionen. Hier wirkt sich immer noch die Erhöhung und Ausweitung des Mindestumtau-

ches vom Oktober 1980 aus. Sie trifft gerade Menschen mit geringem Einkommen und Kinderreiche besonders hart. Wir bestehen mit Nachdruck auf der Senkung der Mindestumtauschsätze.

In diesem Jahr kam es zu schwerwiegenden Vorfällen im Berlin-Transitverkehr und im Reiseverkehr in die DDR. Der Tod von zwei Menschen hat uns alle tief betroffen gemacht. Er hat die Probleme harter Grenzkontrollen erneut in das Bewußtsein der Öffentlichkeit gerückt. Die Entwicklung im Reiseverkehr in die DDR kann uns nicht zufriedenstellen. Zwar hat die DDR im vergangenen Jahr einige kleine Erleichterungen eingeführt. Einen nennenswerten Zuwachs im Reiseverkehr haben diese Maßnahmen indes nicht bewirkt. Im Reiseverkehr in die DDR haben Klagen über Schikanen, über hohe Zollstrafen seit einiger Zeit erheblich zugenommen. Die Bundesregierung hat dieses Thema aus Anlaß der jüngsten Fälle auf politischer Ebene gegenüber der DDR zur Sprache gebracht. Wir werden das immer wieder und entschieden tun, bis diese Vorkommnisse abgestellt sind.

Ich füge aber auch hinzu, daß die ersten Anzeichen für Verbesserungen, die wir beobachten, auf eine dauerhafte Entwicklung hinweisen.

Im Transitverkehr mit Berlin macht uns vor allem die starke Zunahme der Verdachtskontrollen Sorge. Die Bundesregierung hat sich mit großem Nachdruck in der Transitkommission und auf politischer Ebene gegenüber der DDR-Regierung gegen diese Praxis gewandt. Die Belastungen — auch das gehört in diesen Bericht — im Transitverkehr unterstreichen vor allem auch die Bedeutung des Luftweges als des einzigen freien und unkontrollierten Zugangs von und nach Berlin.

Die Bundesregierung hat den von der Vorgängerregierung beschlossenen stufenweisen Abbau der Subventionen für Flüge von und nach Berlin rückgängig gemacht. Sie hat dafür im Bundeshaushalt 1983 einen Betrag von 95 Millionen DM bereitgestellt.

Der Reiseverkehr aus der DDR in das Bundesgebiet hat seit Anfang der 70er Jahre nicht wesentlich zugenommen. Die weitaus meisten Reisenden sind ältere Menschen, überwiegend Rentner; sie sind uns herzlich willkommen. Eine erfreuliche Entwicklung können wir bei Reisen jüngerer Menschen in dringenden Familienangelegenheiten feststellen. In manchen Fällen genehmigt die DDR Reisen jüngerer Menschen inzwischen etwas großzügiger als bisher. In den ersten Monaten dieses Jahres waren es doppelt so viele wie im gleichen Zeitraum 1982. Gleichwohl bleibt die Zahl bei nur 46 000 Reisen im vergangenen Jahr auch weiterhin unzureichend.

Wichtigstes Ziel — und ich unterstreiche das auch sehr persönlich — unserer Politik im Ost-West-Reiseverkehr bleibt deshalb die Erweiterung der Reisemöglichkeiten auch für jüngere Menschen.

Solange die persönliche Begegnung der Menschen im geteilten Deutschland nur unter Schwierigkeiten möglich ist, könnte der innerdeutsche Post- und Fernmeldeverkehr die Grenze durch Deutschland wenigstens etwas durchlässiger machen. Aber trotz einiger Verbesserungen ist z. B. die Zahl der Fernsprechleitungen für einen reibungslosen Telefonverkehr noch immer nicht ausreichend. Die Bundesregierung wird sich daher bemühen, auch auf diesem Gebiet Fortschritte im Interesse der Menschen zu erreichen.

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Alle Fortschritte bei den Bemühungen, über die Grenze in Deutschland hinweg Verbindungen und Kommunikation zwischen den Menschen zu vermehren und zu erleichtern, ändern nichts daran, daß diese Grenze untrüglich bleibt.

Das gilt nicht nur für die Menschen in Deutschland, das gilt in zunehmendem Maß auch für die natürlichen Lebensgrundlagen unseres Landes. Sie pfleglich zu behandeln, sie zu erhalten und unversehrt an die nachwachsenden Generationen weiterzugeben, muß der gemeinsame Auftrag der Verantwortlichen in beiden Teilen Deutschlands sein. Hier geht es um ein gemeinsames, ein gesamtdeutsches Lebensinteresse, das nicht notleidend werden darf.

Alle Staaten in Europa — in Ost und West — werden mehr und mehr mit Umweltschutzproblemen konfrontiert, die kein Staat für sich allein lösen kann. Umweltbelastungen machen nicht an Grenzen halt. Die großräumige Luftverunreinigung und die alarmierenden Waldschäden bereiten nicht nur uns schwere Sorgen.

Bei gutem Willen können die beiden Staaten in Deutschland ein Beispiel dafür geben, was Zusammenarbeit beim Umweltschutz zum Wohl der Bürger zu leisten vermag.

Deshalb muß das im Grundlagenvertrag vorgesehene Umweltabkommen mit der DDR endlich zustande kommen. Bis dahin wird die Bundesregierung jede Gelegenheit nutzen, um mit der DDR bei besonders dringlichen Problemen konkrete Verbesserungen zu erzielen. Ich verweise auf die Gespräche über die Schadstoffbelastung von Elbe und Werra.

Gestern konnte in Leipzig ein erstes Fachgespräch über Fragen der Rauchgasentschwefelung geführt werden. Ein weiteres soll im Juli 1983 in Bonn folgen. Ich habe die Hoffnung und vor allem den Wunsch, daß diese Gespräche dazu beitragen werden, die Luftreinhaltung auf beiden Seiten der Grenze zu verbessern.

Unsere Bereitschaft zu langfristigen Abmachungen gilt auch für Umweltprobleme im Energiebereich. Die Bundesregierung sucht deshalb weiterhin das Gespräch über die Sicherheit kerntechnischer Anlagen sowie über Fragen des Strahlen- und des Katastrophenschutzes.

Möglichst vielfältige Kontakte und Zusammenarbeit im Bereich von Kultur, Bildung, Wissenschaft und Technik und nicht zuletzt des Sports tragen zum besseren Verständnis zwischen den Menschen bei.

Die DDR hat sich im September 1982 bereit erklärt, die 1975 unterbrochenen Verhandlungen über ein Kulturabkommen wieder aufzunehmen. Wir wissen, daß diese Gespräche ganz besonders schwierig sein werden. Aber wir wünschen, daß die Verhandlungen jetzt endlich beginnen.

Die Beziehungen auf dem Gebiet des Sports hält der Deutsche Sportbund — und ich stimme ihm zu — für noch nicht befriedigend. Wir wünschen dringend, daß möglichst viele Sportler, möglichst viele junge Leute aus beiden Teilen Deutschlands Gelegenheit haben, sich im sportlichen Vergleich zu begegnen.

In den Rechtshilfeverhandlungen mit der DDR hat die Bundesregierung Vorschläge

unterbreitet, die sich auf die derzeit lösbaren Fragen konzentrieren und für beide Seiten praktikable Lösungen anbieten.

Der innerdeutsche Handel bietet Chancen für beide Seiten. Er ist ein wichtiges Element der Beziehungen zur DDR und bringt gerade auch der DDR vielfältigen Nutzen. 1982 wurde mit einem Handelsumsatz von über 14 Milliarden DM eine Zuwachsrate von 13% erreicht. Das kann günstige Aussichten für die Zukunft eröffnen.

Die Bundesregierung ist bereit, die innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen auf der Grundlage der bestehenden Abkommen auszubauen und ihre kontinuierliche Entwicklung zum beiderseitigen Vorteil zu fördern. Diese Beziehungen sind über alle Veränderungen der internationalen Lage hinweg ein Element der Stetigkeit und der Berechenbarkeit für beide Staaten.

Wir wissen, daß die DDR bei der Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik andere politische Ziele verfolgt als wir. Abgrenzung steht gegen mehr Freizügigkeit, und wir wollen mehr Freizügigkeit für Menschen, für Informationen, für Gedanken, für Meinungen. Freizügigkeit, in diesem umfassenden Sinne verstanden, dient dem Frieden. Je mehr die Menschen voneinander wissen, desto besser können sie sich verstehen und desto lebendiger bleibt das Gefühl der Verbundenheit, desto schwerer ist es, sie durch Feindbilder zu manipulieren.

Aber auch an uns hier in der Bundesrepublik liegt es, die DDR, diesen anderen Teil deutscher Wirklichkeit, nicht hinter einer Mauer des Vergessens sich selbst zu überlassen. Was in der DDR geschieht, wie die Menschen dort leben, was sie denken und empfinden — das alles ist Teil der deutschen Gegenwart.

Ich möchte hier ausdrücklich ein Wort des Dankes an die Korrespondenten aus der Bundesrepublik Deutschland sagen, die sich trotz mancher Einschränkungen durch die Behörden der DDR tatkräftig bemühen, die Öffentlichkeit über die DDR zu informieren. Die Bundesregierung wird sich dementsprechend auch weiterhin für eine Verbesserung der Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten einsetzen.

Jeder von uns macht die Erfahrung bei Begegnungen mit Mitbürgern aus der jüngeren und mittleren Generation, daß es eine erhebliche Unkenntnis über die Verhältnisse in der DDR gibt. Politische Bildung in den Schulen, Medien und nicht zuletzt die Parteien und die Politiker sollten das Ihrige dazu beitragen, um diesen Mangel zu beheben. Vor allem sollten Schulen und Lehrer mehr als bisher die Gelegenheit zu Schülerreisen in die DDR und zu persönlichem Kontakt mit Jugendlichen dort nutzen.

Damit das klar ist: Ich spreche hier nicht nur die Lehrer und die Eltern und die Schüler an, ich spreche hier auch ganz bewußt die Kultusministerien und die Kultusminister der deutschen Bundesländer an.

Ich glaube, wenn in all diesen Bereichen wieder die Überzeugung wächst, daß es wichtig ist, daß junge Leute hinausfahren in die Welt, daß sie Paris, Rom, daß sie Stockholm, daß sie London kennenlernen, daß es aber noch wichtiger ist, daß sie einmal in ihrem jungen Leben in Dresden, in Leipzig und auf der Wartburg waren, dann haben wir einen wichtigen Beitrag zur Einheit der Nation geleistet.

Wir alle müssen die Bereitschaft fördern, die Realität der DDR als alltägliche Lebenswirklichkeit unserer Landsleute kennenzulernen, die Alltagsorgen, die die Menschen

dort bewegen und natürlich auch ihre Meinungen und ihre Urteile über uns. Auch dies gehört zum gesamtdeutschen Bewußtsein. Unsere Landsleute in der DDR sind Deutsche so gut wie wir. Ihr Schicksal, ihr Leben, ihr Denken geht uns etwas an.

Die Möglichkeiten der Zusammenarbeit, die der Grundlagenvertrag eröffnet, sind noch längst nicht ausgeschöpft. In der Regierungserklärung vom Mai habe ich feststellt, daß Gespräche auf allen Ebenen nützlich sein können. Die Bundesregierung hat deshalb jede Gelegenheit zum Dialog mit der Regierung der DDR wahrgenommen. Ich erinnere auch in diesem Zusammenhang an meine Kontakte mit Generalsekretär Honecker vor und nach dem Aufschub seines Besuchs in der Bundesrepublik Deutschland. Ich erinnere an die Begegnungen, die Mitglieder dieser Bundesregierung mit hochrangigen Gesprächspartnern aus der DDR-Führung hatten.

Deutschlandpolitik ist europäische Friedenspolitik. Sie ist eine Politik für das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, für die Überwindung der Teilung Deutschlands und der Spaltung Europas. Zu dieser Politik gibt es keine Alternative. Die Erfahrungen unseres Volkes mit den Schrecken des Zweiten Weltkrieges haben uns zu überzeugten Anhängern einer strikten Politik des Gewaltverzichts und der Friedenssicherung gemacht. Wir, die Deutschen, haben die Lektion der Geschichte gelernt. Unser oberstes Ziel ist und bleibt die Wahrung von Frieden und Freiheit.

Wir wissen um die tiefe Friedenssehnsucht der Menschen in beiden Staaten in Deutschland. Ich begrüße dankbar, daß sich die Kirchen über Konfessionen und Grenzen hinweg in sehr grundsätzlicher Weise dieses Themas annehmen und damit auch die Sorgen und Ängste vieler, nicht zuletzt aus der jungen Generation, zum Ausdruck bringen. Auch das ist ein wichtiger Beitrag für Deutschland.

Frieden in Freiheit ist Voraussetzung für Fortschritte in allen Bereichen. Gewalt, Erpressung und Drohung dürfen niemals mehr ein Mittel deutscher Politik sein.

Die Bundesrepublik Deutschland hat auf Gewalt als Mittel der Politik verzichtet. Krieg ist für uns kein Mittel der Politik. Wir wünschen uns, daß die Jugend in diesem Geiste in beiden Teilen Deutschlands heranwächst. Wir wünschen uns vor allem, daß die DDR damit aufhört, junge Menschen zum Haß auf den „Klassenfeind“ zu erziehen.

Dabei erinnere ich daran: Die beiden Staaten in Deutschland tragen eine große Verantwortung für die Sicherung des Friedens in Europa und in der Welt. Unsere Rolle in Europa, aber auch die Lage des geteilten Deutschlands erfordern historische Einsicht, damit sich die politische Gestaltung von der Wirklichkeit nicht trennt. Sie erfordert einen zuverlässigen Kompaß für den hindernisreichen Weg, bis sich Deutschlands Einheit in einer europäischen Friedensordnung vollenden kann.

Es sind die Ideen, es sind die Ideale, die ein Volk bewegen, die Geschichte bewegen. Unsere Nation schöpft Kraft aus den gemeinsamen Werten, die ihre Identität mitbestimmen.

Deutschland ist immer ein Land der Mitte gewesen, über Jahrhunderte hindurch allen Einflüssen offen, in alle Richtungen wirkend und stets eingebunden in einen größeren europäischen Rahmen.

Die deutsche Frage war zu jeder Zeit auch eine existenzielle Frage des europäischen Gleichgewichts. Dies wird immer so sein. Wer dies kennt, wer einen neutralistischen deutschen Sonderweg in der Mitte Europas für möglich hält, der steigt aus geschichtlicher Erfahrung aus. Er erliegt einem unseligen nationalistischen Irrtum.

Wir brauchen die Einigung Europas, wie die Völker Europas die Überwindung der deutschen Teilung nötig haben. Unsere Nachbarn, unsere Verbündeten und unsere Partner wissen, daß die Lösung der deutschen Frage auch in ihrem Interesse liegt.

Zu den Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland gehört die Idee der europäischen Einigung. Dieses Ziel gilt unverändert. Indem sie aufeinander zugehen und indem sie ihre Möglichkeiten einer Zusammenarbeit nutzen, schaffen beide Staaten in Deutschland eine notwendige Voraussetzung für die europäische Friedensordnung.

Wir brauchen heute in unserer Generation den Mut und die Kraft, über den Tag, über die Gegenwart hinauszudenken. Die geschichtliche Leistung unserer Generation wird später daran gemessen werden, ob es uns gelingt, die politische Einigung Europas, die Freiheit der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland und den Fortbestand der deutschen Nation zusammenzudenken und in die politische Wirklichkeit unseres Volkes umzusetzen.

Unsere Nation besitzt ein geistiges Erbe, auf das sich eine demokratische Zukunft aufbauen läßt

Alfred Dregger zur Lage der Nation

Im Namen der CDU/CSU-Fraktion begrüße ich es, daß der Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland, den der Herr Bundeskanzler heute morgen erstattet hat, wieder von dem Thema handelt, das ihm gestellt ist.

Unter seinem Vorgänger war es mehr und mehr üblich geworden, dem Parlament eine Belehrung über die Weltlage im allgemeinen und über die Lage der Bundesregierung im besonderen abzuliefern. Eine Auseinandersetzung mit den Existenzproblemen der deutschen Nation, insbesondere mit den Problemen, die sich aus ihrer Teilung ergeben, fand seit Jahren nicht mehr statt.

Aber gerade darum muß es im Bericht und in der Debatte zur Lage der Nation gehen, um die Frage nach dem historischen Stand, nach der politischen Zukunft und nach der geistigen Verfassung der Nation, von der letztlich abhängt, ob sie noch fähig zur Selbstbehauptung ist.

Ein Zweites möchte ich hervorheben: Viele bei uns haben sich angewöhnt, die Lage der Nation als das Ergebnis von Schicksal, als zwangsläufige Folge fataler Vergangenheit zu sehen. Das ist nur zum Teil richtig.

Die nahezu vierzig Jahre seit dem zweiten Weltkrieg haben wir nicht nur erlitten, wir haben sie mitgestaltet. Die Lage der Nation heute ist nicht nur das Produkt fremder, unseren Wünschen vorgeordneter Absichten, sie ist in vielem das Ergebnis unserer eigenen Entscheidungen. Jeder von uns hat daher vor der Geschichte zu verantworten, was er in dieser Zeit zur Freiheit und Einheit der deutschen Nation beigetragen oder auch nicht beigetragen hat.

Auch andere Nationen in Ost und West sollten begreifen, daß die Deutschen in der Bundesrepublik Deutschland ihre Landsleute in Mittel- und Ostdeutschland nicht im

Sich lassen können. Das wäre schändlich. Daß wir in Freiheit, die anderen aber in einer Republik leben müssen, die sich durch Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl vor der Republikflucht schützen muß, und daß die in Ostdeutschland zurückgebliebenen Deutschen nicht nur einem ungeliebten Zwangsregime, sondern auch einem brutalen Prozeß der Entnationalisierung unterworfen sind, diese Verschiedenheit des deutschen Schicksals im Westen, in der Mitte und im Osten Deutschlands ist nicht die Folge unterschiedlicher Verdienste oder Missetaten. Dieser Unterschied erklärt sich allein aus der Geographie und aus den Entscheidungen der Sieger am Ende des Zweiten Weltkrieges.

Es ist ganz einfach unsere sittliche Pflicht, daß wir uns nicht von denen abwenden, die für die gemeinsame Niederlage weit härter zu zahlen hatten und noch zu zahlen haben als wir. Nur ein menschenverachtender Imperialist kann diese selbstverständliche sittliche Haltung als Revanchismus denunzieren.

Eine solche Polemik trifft uns nicht. Wir wollen niemanden an der deutschen Nation festhalten, der sie selbst aufzugeben bereit ist. Aber wir hier im Westen haben nicht das mindeste Recht, diejenigen aus der deutschen Nation auszuschließen, denen das Recht vorenthalten wird, über sich selbst zu bestimmen.

Wer die Teilung der Nation überwinden will, muß zunächst die Ursachen der Teilung erkennen. Das ist in den letzten Jahren zu wenig beachtet worden. Parolen schwirrten umher, daß es möglich sei, in einer Transformation des Ost-West-Konfliktes bestehende Gegensätze zu einer ideologischen Synthese zusammenzufassen und auf ihr die Einheit Deutschlands zu gründen. Wandel durch Annäherung, lautete die eingängige Parole, die nicht einmal ohne teilweise Erfüllung geblieben ist.

Wir haben uns ja der anderen Seite angenähert und uns dabei vielleicht auch in manchem gewandelt. Von einem reziproken Prozeß allerdings kann beim besten Willen nicht gesprochen werden. Die Sowjetunion hat sich uns mit den Spitzen ihrer Raketen genähert und will uns durch diese Drohung zu einem weiteren Wandel in die Pax Sowjetica hineindrängen. In ihrem eigenen Lager aber läßt sie Annäherung und Wandel nicht einen Millimeter breit zu.

Darin liegt auch die wahre Ursache der deutschen Teilung: Sie wäre zwar ohne den durch Hitler vom Zaun gebrochenen Krieg mit seinen schlimmen Verbrechen nicht möglich geworden. Aber die Kapitulation Hitler-Deutschlands ist nur der historische Hintergrund, keineswegs die Erklärung für die deutsche Teilung.

Auch das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland war nach 1945 in Zonen aufgeteilt, die indessen bald wieder zu einem größeren Gebilde zusammengefügt wurden. In Potsdam war noch nicht die Rede davon, Deutschland staatlich zu teilen. Es sollte lediglich „für Besatzungszwecke“ aufgeteilt werden.

Erst der sich immer mehr verschärfende Ost-West-Gegensatz hat Deutschland geteilt. In diesem Konflikt stehen wir Deutsche auf der Seite des Westens, da wir frei sein wollen, da wir totalitäre Herrschaftssysteme verabscheuen, gleichgültig, ob sie braun oder rot angestrichen sind. Das gilt auch für unsere Landsleute in der DDR in einer Mehrheit, die gewiß nicht geringer ist als bei uns. Wäre es anders, so wären Mauer und Stacheldraht nicht errichtet worden.

Das, was Deutschland teilt, teilt auch Europa. Schon aus diesem Grunde kann es einen Konflikt zwischen unseren beiden Staatszielen, die deutsche Einheit und die europäische Einigung, nicht geben. Nur wenn wir bereit wären, um der Einheit Deutschlands willen auf seine Freiheit zu verzichten, könnten deutsche Einheit und europäische Einigung in Konflikt miteinander geraten. Wir aber halten an dem Vorrang der Freiheit fest, nicht nur im eigenen Interesse, sondern auch im Interesse der Deutschen und der Europäer jenseits des Stacheldrahtes. Nur unsere gesicherte Freiheit hält auch ihnen die Option auf künftige Freiheit offen.

Wie die Freiheit der Bundesrepublik Deutschland ein Modell für ganz Deutschland ist, so ist die Einheit Westeuropas ein Modell für Gesamteuropa.

Je mehr die westeuropäische Einheit fortschreitet, um so größer wird ihre Anziehungskraft auf die Völker Ost- und Mitteleuropas.

Im Zeichen der Einheit Europas werden auch die Probleme lösbar werden, die am Ende des Krieges bewußt geschaffen wurden. Die Westverschiebung Polens sollte Polen und Deutschland auf Dauer zu Gegnern machen, um sie auf diese Weise beide besser beherrschen zu können.

Diese Rechnung Stalins wird nicht aufgehen. Freiheit und Selbstbestimmung sind für Polen und Deutsche noch wichtiger als noch so wichtige Grenzfragen.

Ich bin sicher: Ein freies Polen und ein freies Deutschland werden zueinander finden, wie nach dem Kriege das freie Frankreich und das freie Deutschland für immer zueinander gefunden haben.

Im Zeichen der Einheit Europas werden die tragischen Konflikte zwischen den Nationen ein Ende haben. Das ist unsere europäische Vision, für die es sich zu arbeiten lohnt.

Den Kirchen danke ich, daß sie insbesondere der schwierigen Aussöhnung zwischen Polen und Deutschland in christlichem und europäischem Geist so wirksam vorgearbeitet haben. Gerne nehme ich das Wort des polnischen Papstes auf, das er in Erinnerung des gemeinsamen Sieges der deutschen und polnischen Heere vor Wien im Jahre 1683 gesprochen hat. Er sagte seinen polnischen Zuhörern: „*Der Sieg von Wien einigte uns alle, die Polen und auch unsere Nachbarn im Süden und Westen, nah und fern. Vor dreihundert Jahren einigte uns die gemeinsame Bedrohung. Jetzt einigt uns der Jahrestag der Schlacht und des Sieges.*“

Es ist beeindruckend, wie dieser Papst sich unbeschadet seiner übernationalen Aufgabe zu seiner nationalen Herkunft bekennt. In seinem Abschlußgebet in Tschenstochau sagt er an die Gottesmutter gewandt: „*Ich möchte — vereint mit allen — Dir noch einmal meine Nation anvertrauen. Ich bin ihr Sohn: Ich trage in mir das gesamte Erbe ihrer Kultur, ihrer Geschichte, die Erbschaft der Siege, aber auch die Erbschaft der Niederlagen.*“

Mit dieser Haltung gibt der Papst uns allen ein Beispiel. Auch wir haben ein Vaterland, es heißt Deutschland. Da wir uns zu Europa bekennen, bekennen wir uns zur Solidarität mit dem polnischen Volk; — und wir handeln danach. Kein Volk hat in den letzten Jahren so große Hilfeleistungen für Polen erbracht wie das deutsche. Da wir uns zugleich zu Deutschland bekennen, bekennen wir uns auch zur Solidarität mit

dem Teil der deutschen Nation, der nach dem Kriege aus der angestammten Heimat vertrieben wurde, insbesondere zu denen, die dort — ihrer Freiheitsrechte beraubt — ausharren.

Wir verbinden das mit der Hoffnung und der Bitte, daß die Kirche in Schlesien und anderswo jede Möglichkeit nützt, den Gläubigen deutscher Nationalität ebenso zu dienen wie den Gläubigen polnischer Nationalität. Diese Bitte entspricht dem Geist der heiligen Hedwig, die der Papst in Breslau so eindrucksvoll beschworen hat.

Zur Lage der Nation gehört eine Bilanz unserer demokratischen Verteidigungsbereitschaft mit militärischen und vor allem mit den Mitteln des Geistes. Die militärische Abwehrbereitschaft der Bundeswehr verdient unsere Anerkennung, unsere jungen Soldaten stehen für den Frieden und für die Freiheit unserer Republik, die ein Modell für Gesamtdeutschland ist.

Für die geistige Abwehrbereitschaft kann nicht allen, die dafür besondere Verantwortung tragen — dazu gehören auch wir — das gleiche Kompliment gemacht werden. Hier ist allzuviel geschehen, was nicht zur Klärung, sondern zur Verwirrung der Geister beigetragen hat.

Auch diejenigen, die es in guter Absicht versucht haben, sollten erkennen, daß alle Experimente gescheitert sind, die durch eine Abflachung des westlichen Profils zu einem Erfolg in der Frage der Einheit kommen wollten. Wir müssen den einzigen Weg wieder aufnehmen, der mit der Würde und dem Anspruch freier Menschen vereinbar ist: In Festigkeit unsere freiheitliche Verfassung zu behaupten und auszubauen und sie als ein Angebot humanitärer Staatlichkeit an diejenigen zu verstehen, die noch von ihr ausgeschlossen sind. Nur so werden wir den Wettbewerb der Systeme geistig und politisch gewinnen.

Der Versuch der DDR-Führung, den von ihr beherrschten Teilstaat von der deutschen Gemeinsamkeit abzukoppeln und eine eigene sozialistische Identität deutscher Nation zu schaffen, ist gescheitert. Jeder Kontakt mit unseren Mitbürgern auf der anderen Seite des sozialistischen Verhaues macht das deutlich. Der Wille zur Gemeinsamkeit ist ungebrochen, vielleicht drüben sogar noch stärker ausgeprägt als hier bei uns.

Vor Jahren glaubten die Sprachforscher, Anzeichen für eine Auseinanderentwicklung der deutschen Sprache entdeckt zu haben. Das Gemeindedeutsch schien sich aufzulösen in ein DDR-Deutsch und ein bundesrepublikanisches Deutsch. Dieses Auseinanderdriften hat aufgehört, es hat sich nach meinem Eindruck sogar zurückentwickelt. Der gemeinsame Fernsehkonsum mag dazu ebenso beigetragen haben wie verstärkte Besucherkontakte.

Ein Weiteres kommt hinzu: Die Ausweisung mitteldeutscher Schriftsteller in die Bundesrepublik Deutschland, die restriktive Veröffentlichungspraxis in der DDR hat dazu geführt, daß viele große literarische Werke von Schriftstellern aus der DDR zuerst in der Bundesrepublik Deutschland erscheinen. So ist ein Gutteil auch unserer neuen deutschen Literatursprache aus dem poetischen Fundus der DDR hervorgegangen.

Es spricht für die Lebenskraft des gemeinsamen nationalen Willens, daß selbst eine auf Trennung bedachte Maßnahme einer splatterischen Bürokratie zur ungewollten Stärkung der Einheit gerät.

Wir Deutsche in der Bundesrepublik Deutschland fühlen uns nicht nur für die Deutschen verantwortlich, die wie die Deutschen in der DDR und in den abgetrennten deutschen Ostprovinzen die fortbestehende deutsche Staatsangehörigkeit mit uns teilen. Wir stehen auch den Deutschen bei, die loyale Glieder anderer Staatsvölker sind, aber um ihre deutsche Sprache und Kultur kämpfen müssen. Das gilt insbesondere für die Deutschen in Ost- und Südosteuropa. Es galt zeitweise für die Südtiroler, deren Autonomie inzwischen gesichert scheint, wofür wir der Republik Italien dankbar sind.

Auch im Ostblock gibt es Unterschiede. Während die deutschen Staatsbürger Ungarns in der Ungarischen Volksrepublik weitgehend respektiert werden, befinden sich in Rumänien die Siebenbürger Sachsen und die Banater Schwaben in einer schwierigen Lage. Sie haben durch Jahrhunderte hindurch als loyale Staatsbürger ihres Landes großartige Beiträge zu seinem Aufblühen geleistet. Das einzige, was sie als Gegenleistung erwartet haben, waren kulturelle Autonomie und die Respektierung ihrer Menschenrechte. Wir begrüßen es, daß die rumänische Regierung die 1982 verhängten zusätzlichen Beschränkungen ihrer Freizügigkeit aufgehoben hat. Aber auch damit ist noch kein befriedigender Zustand erreicht. Die rumänische Regierung soll wissen, daß wir uns weiter für die vollen Menschenrechte ihrer Staatsbürger deutscher Nationalität einsetzen werden.

Wie Israel der Anwalt und die Heimstatt aller bedrängten Juden ist, so ist die Bundesrepublik Deutschland der Anwalt und die Heimstatt aller bedrängten Deutschen. Dabei erstreben wir keine Ausschließlichkeitsrolle.

Was zum Beispiel die Republik Österreich für die ihr benachbarten Deutschen in Südtirol, aber auch in großer innerer Souveränität für die mit ihr ebenfalls geschichtlich besonders verbundenen Sudetendeutschen an moralischer Rückenstärkung gewährt, erfüllt uns mit großer Genugtuung.

Zum Fortbestand der Nation gehört das Bekenntnis zu ihrer Einheit und Freiheit. Das hat mit den Irrlehren des Nationalsozialismus nicht zu tun. Der Nationalsozialismus hat nationales Bewußtsein verraten und mißbraucht. Er war nicht patriotisch.

Ein Patriot ist friedliebend, nicht aggressiv. Ein Patriot achtet den Bestand anderer Nationen, indem und weil er sich zur eigenen bekennt. Ein wahrer Patriot ist daher Demokrat, nicht Faschist.

Die befreundeten europäischen Nationen wissen ganz genau, daß sie von einem freien und geeinten Deutschland nichts zu befürchten haben. Im Gegenteil: Sie wissen, daß ohne die deutsche Mitte Europa keine Zukunft hat. Gegenteilige Behauptungen sind im wesentlichen Zweckpropaganda von Gegnern der deutschen Einheit. Wenn wir mit Augenmaß und in europäischer Gesinnung für unsere nationalen Ziele eintreten, werden wir mehr und mehr die Unterstützung der Völker Europas gewinnen.

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß wir auch mit dem großen russischen Volk und den anderen Völkern der Sowjetunion schrittweise ein Vertrauensverhältnis zurückgewinnen können, das vor den beiden Weltkriegen bestand.

Wir wollen nicht nur den Frieden — nur ein Irrsinniger könnte anderes wollen — wir wollen einen möglichst engen wirtschaftlichen und kulturellen Austausch mit der Sowjetunion, und wir wollen einen ständigen Gesprächskontakt mit ihr.

Was für die Sowjetunion gilt, gilt auch für die anderen Staaten des Warschauer Paktes, insbesondere für den anderen Staat in Deutschland. Von dem Gespräch, das ich hier mit Herrn Mittag führen konnte, war ich beeindruckt. Ich hoffe, daß es bald zu einem Gespräch mit Herrn Honecker kommt. Unsere Vorstellungen von der Zukunft Deutschlands und Europas sind gewiß verschieden. Lassen Sie uns in einen Wettbewerb der Systeme treten. Lassen Sie uns das Wohl der uns anvertrauten Menschen dabei nicht aus dem Auge verlieren, und lassen Sie uns gemeinsam für den Frieden arbeiten.

Friede gehört heute zur nationalen Identität der Deutschen, aller Deutschen in Ost und West. Ich danke dem Herrn Bundespräsidenten, der das in seiner mich tief bewegenden Rede zum 17. Juni so eindrucksvoll hervorgehoben hat.

Die deutsche Nation ist zwischen Ost und West geteilt, aber sie besteht fort. Die Gefahr des Verlustes droht nicht dort, wo sie im Ost-West-Konflikt einem historischen Härtesten unterzogen wird. Sie droht vielmehr bei uns. Zwischen 1965 und 1975 — mit allen Ungenauigkeiten einer solchen zeitlichen Eingrenzung — hat ein Bruch mit der Mehrzahl der Traditionen stattgefunden, die zur Substanz unserer nationalen Identität gehört haben und gehören.

Das berührt die Einheit der Nation ganz unmittelbar. Eine Nation besteht ja nicht allein aus sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten, nicht allein aus dem Schicksal gemeinsam durchlebter Geschichte.

Eine Nation besitzt vielmehr in ihrer Sprache und in ihren kulturellen und gesellschaftlichen Verhältnissen ein gemeinsames Welt- und Wertbild, menschliche Leitvorstellungen, die über die Generationen hinweg vererbt werden.

In den letzten Jahren ist viel von den Tugenden des Preußentums die Rede gewesen. Sie sind, wenn man so will, „gesamtdeutsch“ wiederentdeckt worden.

Der preußische Staat hat seine eigentliche Mitte in verpflichtenden Wertüberzeugungen gefunden, die nur aus Torheit oder Ahnungslosigkeit einseitig dem Militär oder dem Adel zugerechnet werden können, Pflichtgefühl, Unbestechlichkeit, Verantwortungsbewußtsein und Opferbereitschaft: Das sind Tugenden, die wir mit dem Begriff „Preußen“ in Verbindung bringen.

Preußen ist äußerlich untergegangen. Geistig lebt es aber fort, solange die Wertvorstellungen weiterleben, die Preußen ausgezeichnet haben.

Für Deutschland spielt dies alles eine besondere Rolle. Denn der Zusammenhalt der deutschen Nation konnte über lange Strecken unserer Geschichte hinweg nicht durch strikte Staatlichkeit, sondern nur durch gemeinsame Wertvorstellungen aufrechterhalten werden.

Wer beispielsweise die Debatten der Paulskirche von 1848 nachliest, stellt mit Überraschung fest, wie groß über alle Gruppen und Fraktionen hinweg damals in der nur sehr locker im Deutschen Bund zusammengefügteten Nation die Übereinstimmung hinsichtlich der leitenden Werte gewesen ist.

Die 1848 und 1849 entstandenen Verfassungsentwürfe symbolisieren gleichsam den idealen Standard deutscher Wertetraditionen, wie er sich bis in unser Grundgesetz hinein erhalten hat.

Es ist ein bemerkenswertes Phänomen, daß das sogenannte Dritte Reich mit all seinen revolutionären Attitüden, mit seiner bewußten Umwertung der Werte und seinen totalitären Eingriffen in die geistige Substanz unseres Volkes diese deutsche Wertetradition nicht zerstören konnte. Das mag verschiedene Gründe haben — unter anderem auch den, daß der Nationalsozialismus manche dieser Traditionen nicht aufhob, sondern pervertierte; daß er andere für seine Zwecke nützlich zu machen suchte; daß er schließlich niemals eine Ideologie im perfekten Sinne war, so daß ihm der Ersatz des alten Ideengutes schon aus diesem Grunde nicht gelingen konnte.

Das Dritte Reich endete in Niederlage und Zerstörung — vor allem in einem moralischen Schock der Deutschen. Überraschend unversehrt aber hatten sich durch diese zwölf braunen Jahre hindurch die alten deutschen Wertetraditionen erhalten. Ich habe einige dieser Werte, Tugenden und Ideale am Beispiel Preußens beim Namen genannt.

Der Wiederaufstieg aus den materiellen, moralischen und politischen Trümmern nach 1945 — eine einzigartige, von der Welt mit Recht bewunderte Leistung —, die Schaffung einer Verfassung, deren Geist und Wortlaut an die Verfassungen von 1848 und 1919 anknüpft.

Das Wirtschaftswunder und das noch viel größere demokratische Wunder der Bundesrepublik Deutschland wäre nicht möglich gewesen, wenn ihnen nicht als Triebkräfte eben jene deutschen Wertetraditionen zur Verfügung gestanden hätten.

Erinnern wir uns: In der Zeit des Wiederaufbaus nach dem Kriege war man in Deutschland opferbereit. Man tat seine Pflicht, man gebrauchte seine Freiheit in Verantwortung und besaß eine Vorstellung davon, wie die Kinder erzogen, zu tüchtigen Menschen und — ohne daß man sich dessen immer bewußt war — zugleich zu tüchtigen Staatsbürgern gemacht werden konnten. Das blieb nicht so.

Das Institut für Demoskopie in Allensbach hat 1967 eine Reihe von Werten in Form von Erziehungsidealen auf ihre Geltung hin abgefragt. Fünf Jahre später wurde die gleiche Liste erneut in das demoskopische Feld gegeben.

In dieser Zeit hatte ein deutlicher Wandel, ein Verfall des Wertbewußtseins stattgefunden. Die Erziehungsziele Pflichtbewußtsein, Gewissenhaftigkeit, Arbeitsfreude und Sparsamkeit — um nur vier Beispiele zu nennen — hatten radikal an Wertschätzung eingebüßt. All das betrifft geistige Grundhaltungen, die die deutsche Nation einmal ausgezeichnet haben.

Auch in Zukunft wird sie darauf nicht verzichten können. Elisabeth Noelle-Neumann nannte dieses Abtragen unseres Wertsystems revolutionär. Die Frage ist, wie es dazu kommen konnte.

Ich glaube, dies ist die entscheidende Ursache: Nach 1945 war es — unter dem Schock der zurückliegenden nationalsozialistischen Barbarei und unter dem Eindruck der vernichtenden Kriegsniederlage — zu einer Verachtung und Ächtung alles dessen gekommen, was man als „typisch deutsch“ glaubte kennzeichnen zu können. Damit wurde die deutsche Identität insgesamt ins Zwielflicht gerückt.

Mehr noch: Auch die deutsche Geschichte wurde hauptsächlich unter dem Gesichtspunkt gesehen, inwiefern sie zur nationalsozialistischen Herrschaft führen konnte. Dies hatte zur Folge, daß die deutsche Geschichte als Ganzes abgewertet wurde.

Seitdem gibt es ein Trauma in unserer Selbsteinschätzung. Viele Deutsche wenden sich ab von der Nation und ihrer Geschichte. Das ist eine Haltung, die den Fortbestand der deutschen Nation und ihrer freiheitlichen Verfassung aufs tiefste gefährdet.

Was nach 1945 Intellektuelle, teilweise in literarischen Formen und oft in provokativer Absicht dargelegt hatten, wurde dank der Popularisierung durch die Frankfurter Schule und durch eine von solchen Tendenzen beeinflusste Pädagogik Allgemeingut.

Die antiautoritäre Bewegung und die sogenannte neue Pädagogik machten den Bruch mit der deutschen Wertetradition perfekt. Es gab Zeiten, in denen die Aufforderung an ein Kind, seine sieben Sachen in Ordnung zu halten, ausreichte, um den Verdacht faschistoider Gesinnung zu begründen.

Inzwischen hat sich das alles wieder etwas gemäßigt, ohne indessen bei einer neuen Anerkennung unserer guten Wertetraditionen angelangt zu sein.

Die Wende, die wir politisch erreicht haben und durchsetzen wollen, wird ihre Bewährungsprobe nicht zuletzt darin zu bestehen haben, unsere nationale Identität in der Identität unserer Werte wiederherzustellen.

Das muß gewiß kritisch geschehen. Unser Bild von diesen Werten muß auf den Prüfstand gestellt und von Schlacken gereinigt werden. Aber kritisches Denken wird generelle Verurteilungen verhindern. Diese geistige Klärung herbeizuführen, ist eine Aufgabe, die in ihrer Schwierigkeit und Bedeutung für den Fortbestand der Nation und ihrer freiheitlichen Verfassung die anderen Aufgaben, die uns gestellt sind, weit übertrifft. Ich rufe unsere geistige Elite auf, sich daran mit Verantwortungsbewußtsein zu beteiligen.

Wir wollen ja nicht nur Haushalte sanieren, die Wirtschaft in Gang setzen und den Arbeitslosen das wiedergeben, was sie an Lebensinhalt verloren haben. Uns geht es auch um eine geistige Erneuerung, um eine Wiederbelebung jener Tugenden und Ideale, die mit den guten Traditionen unserer Geschichte verbunden sind. Es geht darum, daß wir uns in unserer Herkunft neu entdecken, um einen neuen Konsens für unsere Zukunft zu schaffen.

Zu diesem Konsens gehören vor allem die liberalen Werte, die nicht erst in der deutschen Klassik und dann in der Paulskirche in Erscheinung getreten sind, sondern viel ältere Wurzeln haben. Zu unseren Wertetraditionen gehört auch das soziale Verantwortungsbewußtsein, das von der Kirche geprägt viel älter ist als der Marxismus und nach dem Kriege im Geist der sozialen Partnerschaft eine neue Ausprägung gefunden hat. Es gehört dazu auch ein ehrfurchtvolles Verhältnis zu den Zeugnissen unserer Kultur und zu unserer Umwelt, zur Natur, die vom Mittelalter bis heute in der deutschen Literatur, aber auch in der Landschaftsmalerei, zum Beispiel eines Caspar David Friedrich, immer wieder ergreifend und beglückend dargestellt wurde; ein Wert, der uns heute wieder tiefer bewegt als in den Zeiten des Wiederaufbaues.

Unsere nationale Geschichte begann nicht mit Hitler und führte nicht zwangsläufig auf ihn hin. Christentum und griechisch-römische Antike sind der geistige Wurzelgrund der Nationen Europas, auch und vor allem der Deutschen. Auf dieser Grundlage errichtete Karl der Große sein Reich, das zum ersten Mal alle deutschen Stämme vereinte.

Dieses Reich, das mit Otto dem Großen sich im Römerreich der Deutschen fortsetzte und bis 1806 bestand, war nicht auf die eigene Nation fixiert. Es war europabezogen und dem Ganzen der Christenheit verpflichtet. Es war nach dem Untergang der Stämme und insbesondere seit den schrecklichen Verheerungen des Dreißigjährigen Krieges kein strotzendes Machtgebilde. Aber es war eine europäische Friedensordnung, die allen Völkern und Stämmen, die es umschloß, volle politische und kulturelle Autonomie gewährte.

Diesem alten Reich verdankt Mitteleuropa seine kulturelle Blüte, von der wir noch heute zehren. Engstirniger Nationalismus dagegen ist nicht nur zerstörerisch, er verrät auch unsere besten deutschen Traditionen.

Alles in allem: Was selbst Hitler nicht zu zerstören vermochte, was die Ost-West-Spaltung nicht auslöschte, das sollten wir nicht den destruktiven Seiten des Zeitgeistes anheimfallen lassen.

Unsere Nation besitzt geistig, kulturell und auch politisch ein Erbe, auf das sich eine freie und demokratische Zukunft aufbauen und sichern läßt. Dieses Erbe und die geistigen und ethischen Grundlagen, die es bestimmen, dürfen nicht verlorengelassen werden. Wir sollten sie erneuern, damit sich unsere Nation als Kultur- und Willensgemeinschaft im Sandsturm der Geschichte behaupten kann. Das ist der Beitrag, den vor allem das geistige Deutschland für den Fortbestand der Nation und ihre Freiheit zu leisten hat.